

Pressedienst Nr. 16451  
Dienstag, 24. Jänner 2023

Totschnig auf Grüner Woche im Austausch mit europäischen Amtskollegen . . . . .	1
GFFA-Forum: Globalen Hunger durch transformierte Ernährungssysteme beenden . . . . .	2
Berlin: 10.000 demonstrierten für Agrarwende . . . . .	3
Kärnten schärft Wolfsverordnung nach . . . . .	4
Saatgut Austria fordert verbesserten Sortenschutz und Grenzen bei Patenten . . . . .	5
EU-Schlachtrindermarkt: Preise für Jungtiere unter Druck . . . . .	5
Kartoffelmarkt: Kaum Exporte wegen hoher Aussortierungen . . . . .	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Totschnig auf Grüner Woche im Austausch mit europäischen Amtskollegen

### Herausforderungen gemeinsam begegnen

Wien/Berlin, 24. Jänner 2023 (aiz.info). - Bundesminister **Norbert Totschnig** sprach auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin mit Amtskolleginnen und Amtskollegen über aktuelle Herausforderungen in der europäischen Landwirtschaft. Neben einem kurzen Zusammentreffen mit dem deutschen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir gab es auch bilaterale Gespräche mit der isländischen Agrarministerin Svandís Svavarsdóttir und der bayrischen Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Zusammen mit dem Schweizer Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft, Christian Hofer, unterzeichnete Totschnig eine Absichtserklärung für den Start eines neuen Landwirtschaftsdialogs.

"Unser Ziel ist, die landwirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich zu stärken und gemeinsam agrarpolitische Schritte für die Transformation zu nachhaltigen und krisenfesten Ernährungssystemen zu setzen", erklärte Totschnig. Ziele des Agrardialogs sind der Austausch von Informationen sowie Diskussionen über aktuelle Fragen, die Ermittlung von Maßnahmen zur Entwicklung des bilateralen Agrarhandels sowie die Verbesserung der Agrarbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Immerhin liegt die Schweiz auf Platz vier der wichtigsten Agrarhandelspartner Österreichs. Exportiert werden in das Nachbarland vor allem Getreide, Mehl, Milch, Backwaren und alkoholhaltige Getränke sowie Essig.

Auch die Ausbreitung des Wolfes ist den beiden Staaten gemein. Laut Ministeriumsangaben gibt es in Österreich aktuell rund 50 Wölfe, mit einer jährlichen Zuwachsrate von rund 30%. 2022 sind an die 700 Nutztiere durch Wölfe getötet worden. Die Schweiz berichtet von derzeit 25 Wolfsrudeln, davon sind acht grenzüberschreitend mit Italien und Frankreich. In den letzten drei Jahren ist auch in der Schweiz die Zahl der Risse stark angestiegen, von 300 bis 500 pro Jahr von 2015 bis 2019 auf über 1.300 im Jahr 2022, teilte Hofer mit.

### Forstwirtschaft in Island voranbringen

Die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Island im Forstbereich soll künftig intensiviert werden. Schließlich möchte Island seine Waldfläche von derzeit weniger als 2% auf 12% bis 2100 steigern. Ein Teil des Know-hows dazu kommt aus Österreich. Erst im Dezember 2022 lieferte das Bundesforschungszentrum für Wald 3 kg Saatgut der Baumart Zirbe an die Versuchsanstalt in Island, aus dem rund 3.000 Pflanzen gezogen und rund 1,5 ha aufgeforstet werden können.

### Strategietagung mit Bayern geplant

Im Austausch mit der bayrischen Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber standen Themen wie die Lebensmittelversorgung, die Umsetzung des Green Deal und ebenso die Wolfsproblematik auf der Agenda. Totschnig dazu: "Gemeinsam mit Ministerin Kaniber habe ich vereinbart, dass wir dieses Jahr eine bayerisch-österreichische Strategietagung initiieren. Ob es um den Schutz unserer Almwirtschaft aufgrund der zunehmenden Wolfsproblematik oder um die Lebensmittelversorgungssicherheit geht - wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir künftige Herausforderungen besser bewältigen."

## Julius-Kühn-Institut entwickelt nachhaltige Anbausysteme

Mit dem Präsidenten des Julius-Kühn-Instituts Frank Ordon tauschte sich Totschnig zum Thema krisenfeste Sorten aus. Schwerpunkt des deutschen Bundesforschungsinstituts ist es, Ökosystemleistungen zu optimieren und nachhaltige Anbausysteme entlang der gesamten pflanzlichen Produktionskette zu entwickeln. Das betrifft sowohl die Pflanzenzüchtung als auch den Pflanzenschutz und -anbau, die Bodenkunde sowie die pflanzliche Ernährung.

Mit dem Vorsitzenden des Agrarausschusses im Deutschen Bundestag, Hermann Färber (CDU), sprach Totschnig über die landwirtschaftlichen Schwerpunkte und welche Unterstützungsmaßnahmen zur Abfederung der Betriebsmittelkosten gesetzt wurden.

Das Thema Krisen-Vorsorge stand im Mittelpunkt beim Austausch mit dem Präsidenten der deutschen Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Hans-Christoph Eiden. Die Bundesanstalt ist unter anderem für die Instandhaltung der zivilen Notfallreserve in Deutschland verantwortlich und geht als Durchsetzungsbehörde dem Verdacht von Verstößen gegen das Verbot unlauterer Handelspraktiken nach. (Schluss)

## GFFA-Forum: Globalen Hunger durch transformierte Ernährungssysteme beenden

### Deadline für UN-Nachhaltigkeitsziel rückt näher

Berlin, 24. Jänner 2023 (aiz.info). - Mit der Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft anspruchsvolle Nachhaltigkeitsziele gesetzt, unter anderem die Beendigung des globalen Hungers. Dennoch ist der Anteil der hungernden Menschen an der Weltbevölkerung in den vergangenen drei Jahren wieder gestiegen. Darauf wies der Bodenexperte **Rattan Lal** von der Ohio State University anlässlich des Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) im Rahmen der Grünen Woche in Berlin hin. Während 2019 weltweit 678 Mio. Hungernde geschätzt wurden, stieg diese Zahl im Zuge der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs bis 2022 auf rund 1,2 Mrd. Menschen; weitere 2 Mrd. Menschen sind unterernährt.

Dabei werden laut Lal derzeit bereits ausreichend Nahrungsmittel für schätzungsweise 10 Mrd. Menschen produziert - mehr als genug, wenn nicht ein erheblicher Teil durch Verschwendung und falsche Verteilung verloren gehen würde.

Bis zum Jahr 2030 stehen nur noch acht Ernten aus. Es bleibt also nicht mehr viel Zeit, um das Nachhaltigkeitsziel "kein Hunger" der Vereinten Nationen (UN) zu erreichen und das Menschenrecht auf angemessene Nahrung zu verwirklichen - insbesondere in den Ländern des globalen Südens. Die Weltgemeinschaft müsse daher dringend tragfähige, innovative und praxistaugliche Lösungen entwickeln und umsetzen, damit das Recht auf angemessene Nahrung für die gesamte Weltbevölkerung bis 2030 verwirklicht werden kann, so der Konsens auf dem GFFA-Fachpodium "Ernährungssysteme in Krisenzeiten - Lösungsansätze für mehr Resilienz", berichtet Dow Jones News. Zielführend seien dabei nur solche Lösungen, die Versorgungssicherheit, Klimawandel und Artensterben gleichermaßen beantworten. Die umfassende Transformation der weltweiten Ernährungssysteme sei dafür unverzichtbar.

Boden ist wie ein Bankkonto

Lal betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Bodenschutzes. "Boden ist wie ein Bankkonto, man kann nicht mehr herausholen, als man einzahlt", führte er aus. In den meisten Entwicklungsländern sei das "Boden-Konto" allerdings negativ. Hier müsse dringend mehr Biomasse in die Böden eingetragen werden, um eine Rekarbonisierung zu erreichen und CO<sub>2</sub> zu binden. In diesem Zusammenhang wies der Experte darauf hin, dass Böden dreimal so viel CO<sub>2</sub> wie die Atmosphäre binden würden. Zudem müsse Dünger direkt an der Pflanzenwurzel ausgebracht werden, was die Verwendung der Nährstoffe durch die Pflanze auf 80 bis 90% erhöhen soll. Der Experte betonte gleichzeitig auch die Notwendigkeit, die Menge der Nahrungsabfälle um 30 bis 50% zu senken. (Schluss)

## **Berlin: 10.000 demonstrierten für Agrarwende**

"6-Punkte-Plan" an Özdemir überreicht

Berlin, 24. Jänner 2023 (aiz.info). - An der Demonstration für eine sozial gerechte Agrarwende am vergangenen Samstag in Berlin haben laut den Veranstaltern "Wir haben es satt" an die 10.000 Menschen teilgenommen. Bei der Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor riefen sie die Ampelkoalition zu einer ökologischen und sozialen Neuausrichtung der Agrarpolitik auf. Das Bündnis aus mehr als 100 Organisationen der Landwirtschaft, des Umweltschutzes und von Sozialvertretern hatte zuvor dem deutschen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir seinen Forderungskatalog überreicht. Dieser "6-Punkte-Plan" fordert die Bundesregierung unter anderem dazu auf, den Zugang zu gesunder und umweltgerechter Ernährung für alle zu sichern. Außerdem sollen "faire Erzeugerpreise" gewährleistet und dazu der Einkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter Produktionskosten verboten werden, berichtet agrarzeitung.de.

Um gute Löhne im Landwirtschaftssektor zu garantieren, müsse es eine stärkere Tarifbindung und einen Inflationsausgleich geben. Außerdem wird eine Garantie für armutssichere Renten verlangt. Ebenso soll der gesellschaftliche Reichtum gerechter verteilt werden, damit der Zugang zu gesundem Essen für alle Gruppen gewahrt sei.

Im Spannungsfeld zwischen "Teller, Trog, Tank und Tonne" spricht sich das Bündnis dafür aus, dass Ackerflächen bevorzugt für die menschliche Ernährung genutzt werden müssten, anstatt für die Erzeugung von Futtermitteln und Biokraftstoffen. Als Antwort auf die globale Hungerkrise sollen "Lebensmittelspekulationen" an der Börse verboten werden. Zusätzlich müssten auch eine gentechnikfreie Landwirtschaft gesichert und "unfaire Handelsabkommen" gestoppt werden. (Schluss)

## Kärnten schärft Wolfsverordnung nach

### Anpassungen bei Vergrämung und Schadzahlen

Klagenfurt, 24. Jänner 2023 (aiz.info). - In Kärnten wird die Wolfsverordnung, die seit Jänner 2022 gilt, nachgeschärft. "Die rechtlichen Möglichkeiten sind mit der bisherigen Verordnung schon sehr weit ausgeschöpft. Aber ich drehe zum Schutz vor dem Wolf trotzdem noch einmal ein paar Schrauben strammer an, um auf Erfahrungen des ersten Umsetzungsjahres zu reagieren", berichtete der zuständige Landesrat **Martin Gruber**

Das Grundkonzept der Verordnung bleibe gleich, denn sie funktioniere, betonte Gruber, der nicht nur an den ersten Abschuss gemäß Wolfsverordnung, sondern auch an "zigfach" gesetzte Vergrämungsschritte erinnerte, für die in den Jahren davor eigene Genehmigungen notwendig waren. Diese Vergrämung wird nun noch breiter möglich und auch Schadzahlen bei Tierrissen werden angepasst.

So dürfen Vergrämungsschritte durch optische und akustische Signale ab sofort durch jedermann gesetzt werden. Bisher war das nur Grundeigentümern und Jägern erlaubt. "Wir wollen der Bevölkerung die Möglichkeit geben, noch rascher zu reagieren und deshalb diese Änderung", betonte Gruber. Sichtungen und Vergrämungen sind nun einheitlich über die Website der Kärntner Jägerschaft zu melden. Weiters kommt es zu mehreren Anpassungen bei den Risszahlen, die für die Einstufung als Schadwolf notwendig sind. Sie wird ab sofort auf jede Tierart einzeln abgestellt und die jeweils durchschnittliche Herdengröße herangezogen. Auch die Zahl der insgesamt gerissenen Nutztiere, ab der ein Wolf als Schadwolf gilt und damit zum Abschuss freigegeben werden kann, wird gesenkt.

Zusätzlich nimmt die neue Verordnung auch Rücksicht auf Ereignisse, wie sie im vergangenen Jahr etwa im Gailtal passiert sind, als 30 Tiere auf einer geschützten Heimweide getötet wurden. "In einem solchen Fall kann der Wolf nun sofort vom Rissbegutachter als Risikowolf eingestuft werden, der dann zu erlegen ist", stellte Gruber klar. Bisher musste ein Wolf mehrmals auffällig werden, damit er offiziell als Risikowolf galt. Bei solchen Ausnahmefällen wie eben im Gailtal gilt ein Wolf aber nun auch dann als Risikowolf, wenn er erstmalig Nutztiere tötet, die sachgerecht geschützt waren.

"Mit diesen Nachschärfungen wird der rechtliche Spielraum, den wir haben, maximal ausgenutzt. Mehr ist auf Kärntner Ebene nicht machbar. Alles Weitere muss jetzt auf EU-Ebene passieren", betonte Gruber. Von eben dort gibt es nun zumindest einen Hoffnungsschimmer, wie Gruber hervorhob, denn Kommissionspräsidentin Von der Leyen habe angekündigt, dass die Wolfs-Situation in der EU neu untersucht und bewertet werden soll. "Vielleicht führt das dann zu einem Umdenken auf europäischer Ebene - es wäre dringend notwendig", so der Agrar- und Jagdreferent. (Schluss)

## Saatgut Austria fordert verbesserten Sortenschutz und Grenzen bei Patenten

### Landwirte auf Züchtungsfortschritt angewiesen

Wien, 24. Jänner 2023 (aiz.info). - Für einen verbesserten Sortenschutz vor dem Hintergrund des Klimawandels sprach sich **Michael Gohn**, Obmann von Saatgut Austria, anlässlich des Fachtags Ackerbau bei der Wintertagung 2023 des Ökosozialen Forums aus. "Die Landwirte sind im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels auf neue Technologien und die stete Weiterentwicklung von Sorten und den Züchtungsfortschritt angewiesen. Dazu muss der Sortenschutz gestärkt werden, damit der freie Zugang zu genetischem Material bei der Entwicklung von neuen Sorten gewährleistet ist. Der Patentschutz sollte daher derart eingeschränkt werden, dass biologisches Material, das auch in der Natur vorkommen oder entstehen könnte, von der Patentierung ausgeschlossen ist", erklärte Gohn. Der Sortenschutz sei die Grundlage für eine innovative Pflanzenzüchtung, die zum Klima- und Ressourcenschutz beitrage. Zudem ermögliche sie es, die wachsende Weltbevölkerung mit ausreichend Lebensmitteln zu versorgen.

Die ambitionierten Ziele des Green Deals könnten nur mit der Förderung einer innovativen Züchtung erreicht werden. "Sie züchtet klimafitte Sorten, die gegen Stress durch Hitze, Trockenheit und andere Wetterextreme tolerant sind. Klimafitte und resistente Pflanzen kommen konventionellen und biologisch wirtschaftenden Betrieben zugute und unterstützen die Landwirtschaft dabei, den Betriebsmitteleinsatz zu reduzieren", verdeutlichte Gohn. Österreichische und internationale Forschungsprojekte wie das Projekt Klimafit (gemeinsam mit dem österreichischen Landwirtschaftsministerium und den Bundesländern) oder das aus EU-Mitteln finanzierte Ecobreed würden dazu einen wichtigen Beitrag leisten. (Schluss)

## EU-Schlachtrindermarkt: Preise für Jungstiere unter Druck

### Österreich: Plafond bei Schlachtkuh-Notierung erreicht

Wien, 24. Jänner 2023 (aiz.info). - Tendenziell zeigt sich der Schlachtrindermarkt in Europa zweigeteilt. In Deutschland sind die Jungstierpreise trotz überschaubarem Angebot unter Druck, wohingegen am Schlachtkuhmarkt stabile Marktverhältnisse herrschen, teilt die Rinderbörse mit.

In Österreich übersteigt nicht unerwartet das Angebot die Nachfrage im Jungstierbereich. Vor allem im Lebensmitteleinzelhandel gibt es derzeit eine gewisse Kaufzurückhaltung, welche sich vor allem auf den Edelteilbereich auswirkt. Speziell bei Ware mit AMA-Gütesiegel wird der Druck stärker. Bei Redaktionsschluss konnte für die Kategorie Jungstiere noch nicht mit allen Marktteilnehmern eine Preiseinigung erzielt werden. Dagegen liegt am heimischen Schlachtkuhmarkt das Angebot nach wie vor auf einem unterdurchschnittlichen Niveau, bei einer noch zufriedenstellenden Nachfrage. Die Preisspitze ist derzeit vorerst jedoch erreicht. Die Preise notieren hier gleich zur Vorwoche. Bei Schlachtkälbern herrscht ein gewisser Marktdruck, weshalb die Notierung leicht nach unten geht.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Kalbinnen wiederum mit einem Preis von 4,16 Euro/kg Schlachtgewicht. Während die Notierung für Schlachtkälber auf 6,75 Euro/kg sinkt, bleibt jene für Schlachtkühe mit 3,25 Euro/kg unverändert. Für Jungstiere wurde keine Notierung festgelegt. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

## **Kartoffelmarkt: Kaum Exporte wegen hoher Aussortierungen**

### Lageraufschläge zum Monatswechsel erwartet

Wien, 24. Jänner 2023 (aiz.info). - Der österreichische Speisekartoffelmarkt präsentiert sich recht unaufgeregt. Trotz regional kurzfristigen witterungsbedingten Verzögerungen versorgen die Landwirte die Händler bedarfsgerecht. Der Inlandsabsatz läuft dabei stetig auf saisonüblich ruhigem Niveau. Exporte spielen angesichts der überschaubaren Lagervorräte weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. Unverändert hoch bleiben dagegen die qualitätsbedingten Aussortierungen. Neben den Ausfällen durch Drahtwurmbefall dürfte heuer auch die Druckstellenproblematik eine größere Rolle spielen, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit.

Bei den Erzeugerpreisen gibt es noch keine Änderung. Mit Monatswechsel dürfte es zu moderaten Lageraufschlägen kommen. In Niederösterreich und Oberösterreich wurden für Speisekartoffeln zuletzt meist 30 Euro/100 kg bezahlt. Für Partien mit überdurchschnittlich hohen Aussortierungen liegen die Preise etwas darunter.

Am deutschen Speisekartoffelmarkt hat sich im Vergleich zur Vorwoche auch kaum etwas geändert. Es wird weiter von einem saisonüblichen ruhigen Bedarfsgeschäft berichtet. Vereinzelt sorgten Werbeaktionen für leichte Impulse. Im LEH greifen die Konsumenten aber zunehmend auf günstige Aktionsware zurück, während das höherpreisige Segment immer weniger nachgefragt wird. Demgegenüber steht ein Angebot, das den Bedarf ohne Probleme decken kann. Momentan kann dafür meist noch auf Ware aus den Flächenlagern zurückgegriffen werden. Mit der Umstellung auf Kühlhausware werden leichte Preiserhöhungen erwartet. Bisher halten sich jedoch die Erzeugerpreise weiterhin auf dem Niveau der Vorwochen. Die Preise für Speiseware lagen zuletzt im Bundesdurchschnitt je nach Sorte bei 28 bis 30 Euro/100 kg. (Schluss)